

# Überblick

1/2009

## **Schwerpunkt: Rechtsextremismus und Gegenstrategien in Nordrhein-Westfalen**

- ▶ **Die extreme Rechte vor den Kommunalwahlen in NRW**
- ▶ **Kommunale Strategien gegen die extreme Rechte**
- ▶ **Gewerkschaftsjugend gegen Rechtsextremismus**

**IDA**<sub>NRW</sub>

Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums  
für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen  
15. Jg., Nr. 1, März 2009  
ISSN 1611-9703

<b>Inhalt</b>	
<b>Schwerpunkt:</b>	
<b>Rechtsextremismus und Gegenstrategien in Nordrhein-Westfalen</b>	
- <b>Die extreme Rechte vor den Kommunalwahlen in NRW</b> August Lindler	3
- <b>Kommunale Strategien gegen die extreme Rechte</b> Alexander Häußler	5
- <b>Gewerkschaftsjugend gegen Rechtsextremismus</b> Kai Venohr	9
<b>Nachrichten</b>	11
<b>Termine</b>	13
<b>Literatur und Materialien</b>	13

**Impressum**

Der „Überblick“ erscheint vierteljährlich, ist kostenlos und wird herausgegeben vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit in NRW (IDA-NRW), Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, Fax: 02 11 / 15 92 55-69, [Info@IDA-NRW.de](mailto:Info@IDA-NRW.de), [www.IDA-NRW.de](http://www.IDA-NRW.de)

Redaktion: Anne Broden

Der „Überblick“ und das Projekt IDA-NRW werden gefördert vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. IDA-NRW ist angegliedert an das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit e. V..

Einsendeschluss von Nachrichten und Veranstaltungshinweisen für Nummer 2/2009: 1.06.2009.

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

„NPD kämpft gegen den Ruin“, so eine Überschrift in der Frankfurter Rundschau vom 10. März. Und weiter heißt es dort: „Die NPD zerfällt immer schneller. Nach monatelangen internen Querelen haben sich weitere Kreisverbände der rechtsextremen Partei praktisch aufgelöst. Führungskräfte wenden sich ab.“ Der Autor unseres ersten Beitrags in dieser Ausgabe des Überblick schreibt, dass „[d]ie REP [...] landes- und bundesweit auf dem absteigenden Ast“ seien. Die Wahlabreden zwischen DVU und NPD, die gemeinsame Listen vorsahen, sind ausgerechnet in Dortmund geplatzt, so dass die DVU in der einzigen Stadt des Landes, in der sie nennenswerte Ergebnisse erhoffen konnte, nun auf die Konkurrenz der NPD stößt. Mitglieder der REP wechseln zu PRO NRW, wo sie sich politisch beheimatet fühlen. Sollten sich die Rechtsextremen selbst erledigen? Schön wär's, aber wir dürfen uns nicht in falschen Hoffnungen wiegen: Es ist zu befürchten, dass der Pleitegeier, der aktuell über der NPD kreist, uns des Problems nicht enthebt. Selbst wenn die Partei wirklich pleite gehen sollte, werden ihre Mitglieder nicht von heute auf morgen aufrechte Demokratinnen und Demokraten sein, sondern sich durch eine Neugründung oder in anderen rechtsextremen Parteien reorganisieren. Wir haben mit PRO NRW bzw. ihren kommunalen Ablegern eine rechtsextreme Partei im neuen politischen Gewand – der Wahlerfolg von PRO KÖLN und ihre rechtspopulistische Kampagne gegen Moscheebau und vermeintliche Islamisierung der Gesellschaft bieten genügend Anlass zur Aufmerksamkeit. Auch der Wegfall der 5-Prozent-Hürde spielt den Rechtsextremen in die Hände. Es ist deshalb sinnvoll, auch weiterhin über rechtsextreme Parteien hier im Land zu berichten, auch wenn sie sich selbst – oder im Fall der NPD ihr Schatzmeister – der größte Feind zu sein scheinen. Im Vorfeld der Kommunalwahlen fokussieren wir deshalb in dieser Ausgabe des Überblick die rechtsextreme Landschaft in NRW. August Lindler stellt die einzelnen Parteien vor und beschreibt ihre Strategien und Chancen. Alexander Häußler thematisiert kommunale und zivilgesellschaftliche Gegenstrategien und Kai Venohr berichtet vom gewerkschaftlichen Engagement gegen Rechtsextremismus.

Gerade in diesem Wahljahr sollten wir die Selbstauflösungstendenzen einzelner rechtsextremer Parteien zu unterstützen suchen!

Herzliche Grüße  
Anne Broden

## **Schwerpunkt: Rechtsextremismus und Gegenstrategien in Nordrhein-Westfalen**

*Anlässlich der im Spätsommer stattfindenden Kommunalwahlen informieren wir mit dieser Ausgabe des Überblick nicht nur über die rechtsextreme Szene im Land, sondern berichten auch über kommunale Strategien in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus und präsentieren interessante Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend.*

### **Die extreme Rechte vor den Kommunalwahlen in NRW**

August Lindler

In Nordrhein-Westfalen treten auf der Seite der extremen Rechten mit der NPD, den REP, PRO NRW und – eingeschränkt auf wahrscheinlich zwei Wahlkreise – der DVU insgesamt vier Gruppierungen zur Wahl an. Alle diese Parteien versuchen, die Stammklientel der Rechtsaußen-Wählerschaft zu erreichen und treten damit mehr oder weniger deutlich ausgeprägt in Konkurrenz zueinander. Zudem versucht mit PRO NRW erstmalig eine neue Partei von Rechtsaußen mit populistischen Angstkampagnen gegen den Islam zugleich das bürgerliche Wählerspektrum anzusprechen.

### **Ringens um Wahltermin**

Ursprünglich sollten die Kommunalwahlen 2009 in Nordrhein-Westfalen zeitgleich mit der Europawahl stattfinden. Aufgrund einer Klage von SPD und Grünen entschied der Verwaltungsgerichtshof gegen den ursprünglichen Wahltermin am 7. Juni. Als neuer Termin wurde der 30. August festgesetzt.

Für die Parteien der extremen Rechten ist die Verlegung der Wahl ein zweischneidiges Schwert: Einerseits hätten gerade REP und DVU, die auch bei der Europawahl antreten, wahrscheinlich von der ursprünglich geplanten Zusammenlegung beider Wahlen profitiert. Andererseits ermöglicht die Verschiebung des Termins die Nachreichung erforderlicher Unterschriften zum Antritt in weiteren Wahlkreisen.

### **Extreme Rechte in NRW**

Zur Einschätzung der extremen Rechten muss klargestellt werden, dass das Parteienspektrum von Rechtsaußen nur einen Teil dieses Lagers ausmacht. Denn die neonazistische Szene, die in so genannten Kameradschaften organisiert ist und sich als „Nationaler Widerstand“ begreift, ist nur zum kleinen Teil parteiförmig gebunden – hauptsächlich an die NPD. Der andere, größere Teil dieser „Kameradschaftsszene“ steht der Parteipolitik hingegen kritisch gegenüber, da diese

Form des Engagements als „Anbiederung an das System“ verstanden wird.

Für die Parteien der extremen Rechten jedoch ist die Teilnahme an den Wahlen von existenzieller Bedeutung: Jeder Einzug in ein Kommunalparlament eröffnet weitere Geldquellen und bietet die Möglichkeit, eine neue propagandistische Plattform zu nutzen, um sich lokalpolitisch zu profilieren. Deshalb bieten die Wahlen günstige Voraussetzungen zur Festigung ihrer Basis. Auch der Wegfall der 5-Prozent-Hürde und das niedrige Wahlalter – Jugendliche ab 16 können ihre Stimme abgeben – bestärken die Hoffnung der extrem rechten Parteien auf Wahlerfolge.

Traditionell jedoch stellt NRW kein gutes Pflaster für dieses Parteienlager dar: Die einzelnen Parteien stehen in einem Konkurrenzverhältnis, landesweite Wahlabsprachen für Nordrhein-Westfalen wurden nicht getroffen. Dabei sind es weniger grundlegende inhaltliche Unterschiede als vielmehr Fragen der Strategie und des Stils sowie die teilweise seit Jahrzehnten gepflegten Feindschaften ihrer Funktionäre, die eine Zusammenarbeit der Organisationen behindern.

Propagandistisch hingegen blasen alle in das gleiche Horn der Erfolgsmeldungen: Der neue NPD-Landesvorsitzende Claus Cremer glaubt, „dass wir bei den Kommunalwahlen 2009 unsere bisherigen Mandate halten und etliche neue Mandate hinzugewinnen können“. Die relativ neue Partei PRO NRW kündigt eine Wahlkampagne an, „die von einer Partei rechts der Mitte in NRW so noch nie gesehen wurde!“ Selbst die REP geben eine „Verbreiterung der kommunalen Basis“ als Ziel aus, obwohl sie in den letzten Jahren organisatorisch erheblich geschwächt wurden.

Insgesamt erzielten Parteien und Wählergemeinschaften der extremen Rechten bei der letzten Kommunalwahl 79 Mandate in 21 Stadträten und neun Kreistagen sowie in einigen Bezirksvertretungen. Auf die REP entfielen die meisten, nämlich 29 Mandate (ohne Bezirksvertretungen), die NPD konnte insgesamt 9 Vertreter durchbringen. Die DVU hatte nur in Dortmund und Stolberg Erfolg. Fast überall, wo extrem rechte Parteien kandidierten, gelang es ihnen auch mindestens ein Mandat zu erzielen. An diese Ergebnisse, die ihre Ausgangsposition für die diesjährige Wahl verbessert haben, wollen die Parteien nun anschließen. Dort, wo sie bereits Mandate besitzen, entfällt nämlich das lästige Sammeln der für einen Wahlantritt notwendigen Unterstützungsunterschriften.

### **Plattform Parlamentarismus**

Jedes errungene Mandat spült Geld in die Parteikassen. So hat die Westfälische Rundschau errechnet, dass die Kommunen und Kreise 2008 für Aufwandsentschädigungen rund 310.000 € und für Fraktions- und Gruppenarbeit noch einmal

480.000 € auszahlen mussten. Die im Herbst 2007 in Kraft getretene geänderte Gemeindeordnung verbesserte die finanzielle Situation für Einzelabgeordnete und Gruppen und erleichterte die Bildung von Fraktionen, was zur Folge hatte, dass allein die nun als Fraktion firmierende DVU in Dortmund eine zusätzliche Förderung von 41.000 € beanspruchen kann. Die Gruppenbildung der NPD- und Republikaner-Einzelkämpfer im Kreistag des Märkischen Kreises machte ihnen neue Gelder in Höhe von 24.512 € verfügbar. Neben neuen finanziellen Mitteln bieten Lokalmandate der extremen Rechten die Möglichkeit, die Parlamente als Propaganda-Plattform zu nutzen und dabei auch ein breiteres thematisches Profil zu entwickeln. Parteien der extremen Rechten werden oft lediglich als Verkörperung von rassistischen Ressentiments und „System-Opposition“, also als „Ein-Thema-“ oder Protest-Partei wahrgenommen. Die öffentliche Beschäftigung mit lokalpolitischen Themen wie Verkehr, Schule oder Wohnungspolitik soll „Bürgernähe“ ausdrücken. Letztendlich hat auch die parlamentarische Arbeit die Gewöhnung an die Präsenz extrem rechter Parteien in den Parlamenten und ihrer Ideologie als Teil des gesellschaftlichen Diskurses zum Ziel.

Die Praxis der extrem rechten Parteien in den Lokalparlamenten ist recht unterschiedlich, nicht allen Mandatsträgerinnen und -trägern gelingt es gleichermaßen, die neuen Möglichkeiten effektiv zu nutzen. Viele der Gewählten fielen durch Untätigkeit und Unprofessionalität auf. Manche, vor allem „Einzel-KämpferInnen“, die als einzige Vertreterinnen und Vertreter ihrer Partei im Rat sitzen, resignierten. Sie erschienen nicht mehr zu den Sitzungen oder saßen lediglich untätig ihre „Aufwandsentschädigung“ ab. Eigene Wortbeiträge oder Anträge sind selten. Neben mangelnder Kompetenz des Personals sind die Gründe für dieses „Versagen“ aber auch in der ideologischen Ablehnung des Parlaments und der parlamentarischen Umgangsformen zu suchen. In der „Quasselbude“, in der „Gemauschel“ und „Filz der Altparteien“ herrschten und in der ihnen die Anerkennung verweigert würde, wollen sie sich nicht übermäßig engagieren. Können die Abgeordneten aber eine Gruppe oder gar Fraktion bilden, ändert sich meist auch ihr Auftreten. Mit einer Vielzahl von Anträgen und Reden versucht PRO KÖLN, lokalpolitische Fachkompetenz zu beweisen. Ihr Schwerpunktthema ist die rassistische Agitation, die in den letzten Jahren vor allem Moscheebau-Projekte in Köln thematisierte. Hier verbindet PRO KÖLN ihre Ratsarbeit mit Agitation in den betroffenen Stadtteilen in Form von Unterschriften-sammlungen, Mahnwachen oder Auftritten bei Veranstaltungen. Beim Thema „Anti-Islam“ gelang es PRO KÖLN, Risse in der Abwehr der demokratischen Parteien zu erzeugen: Der Moscheebau in Ehrenfeld sorgte für viel Streit innerhalb der Köl-

ner CDU und letztlich zum Übertritt des ehemaligen Bezirksbürgermeisters Uckermann zu PRO KÖLN. Innerhalb der CDU hat sich nun die Gruppe durchgesetzt, die jede auch zeitlich und thematisch begrenzte Zusammenarbeit mit den Rechtspopulistinnen und -populisten ablehnt.

#### **NPD**

Als „das Fundament unserer zukünftigen Arbeit“ bezeichnete der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt schon 1999 die Kommunalpolitik. Obwohl seit Ende der Sechziger Jahre die Erfolge bei Landtags- oder Bundestagswahlen ausblieben, erzielte die NPD immer wieder Mandate in Kommunalparlamenten, auch in Nordrhein-Westfalen. Bei der letzten Kommunalwahl 2004 trat die Partei nur in wenigen Städten und Kreisen an, gewann dort aber meist ein Mandat. In diesem Jahr sollen, geht es nach der NPD, weitere Sitze hinzukommen. So nennt der NPD-Landesvorsitzende Claus Cremer die „erfolgreiche Teilnahme an den Kommunalwahlen“ eines der Hauptziele seiner Amtszeit. 2004 erreichte die NPD zwölf Mandate und zog mit je zwei Sitzen in die Stadträte von Mönchengladbach, Stolberg und Witten sowie mit einem Sitz in Hattingen und Schwelm ein. Je ein Parteimitglied besetzte ein Mandat in den Kreistagen von Heinsberg, Rhein-Sieg, Ennepe-Ruhr und dem Märkischen Kreis. Außerdem ist die NPD seit der Wahl in den Bezirksvertretungen von Bochum-Wattenscheid, Mönchengladbach-Rheindahlen und Köln-Kalk mit je einem Mandatsträger vertreten. Das beste Ergebnis erzielten die Neonazis in Hattingen und Schwelm mit je 3,1% der Stimmen. An diese Ergebnisse will die NPD nun anknüpfen und teilte mit, in 45 von 54 Kreisen über „arbeitsfähige Strukturen“ zu verfügen. Der Vorbereitung auf die Kommunalwahl sollen auch die Kommunalpolitischen Arbeitskreise dienen, die nach Partei-Angaben regelmäßig in Oberhausen und Unna tagen. Im Wahlkampf vor Ort und auf den Listen ist die NPD auf die Mithilfe der „Freien Kameradschaften“ angewiesen. Erstauen löste die Ankündigung des Kreisverbands Rhein-Erft aus, den als Partei-Kritiker bekannten, ehemaligen Anführer der Neonazi-Gruppe „Kampfbund Deutscher Sozialisten“, Axel Reitz, zum Landratskandidaten zu ernennen.

#### **DVU**

Dortmund ist derzeit die letzte Hochburg der DVU im Westen der Republik. Seit 1999 ist sie im Stadtrat vertreten, seit über einem Jahr sogar mit Fraktionsstatus. Umso überraschender war zum Jahreswechsel die Nachricht, dass die mit der „Volksunion“ im „Deutschlandpakt“ verbundene NPD der DVU just dort Konkurrenz machen wollte.

Lange Zeit schien es so, als würden DVU und NPD bei der Kommunalwahl im Juni einträchtig und im Schulterschluss antreten. Der erfolgreich

praktizierte Deutschlandpakt zwischen beiden Parteien werde auf kommunaler Ebene fortgeführt, berichtete die nordrhein-westfälische NPD im März letzten Jahres. Doch ausgerechnet in Dortmund gab es Probleme. So trat das DVU-Ratsmitglied Thieme der NPD bei und attestierte der DVU zum Abschied, „hoffnungslos überaltert“ zu sein. Das stellt den neuen DVU-Bundesvorsitzenden Matthias Faust vor seine erste Bewährungsprobe. Faust hatte noch beim Bundesparteitag im Januar die Wahl in Dortmund neben der Landtagswahl in Brandenburg und der Beteiligung an der Europawahl als einen der drei Schwerpunkte der DVU-Arbeit in diesem Jahr bezeichnet.

### REP

Die REP eröffneten ihren Wahlkampf letzten Oktober mit der Verteilung von angeblich „50.000 Zeitungen“ in Köln, was als symbolisch gedeutet werden kann. Denn dort ist mit PRO NRW ihr schärfster Konkurrent im nichtnazistischen Teil der extremen Rechten zu Hause. Mit der Aktion wolle man sich „auch bewusst als demokratische Alternative“ zu jener „Ein-Themen-Partei“ präsentieren, schrieben die REP. Das ehemalige REP-Ratsmitglied Hans-Martin Breninek war nicht der einzige REP-Kommunalpolitiker, der nach 2004 zu PRO NRW wechselte. Auch in der REP-Hochburg Gelsenkirchen wechselte deren Ratsmitglied Kevin Gareth Hauer zu PRO NRW. Die REP sind landes- wie bundesweit auf dem absteigenden Ast. Die Partei hofft, zumindest bei der Wahl 2009 davon profitieren zu können, dass sie nicht mehr im Verfassungsschutzbericht geführt wird. Als „demokratische Alternative zu den Altparteien“ wollen sie sich präsentieren. Inhaltlich wird sich neben den Standardthemen in Konkurrenz zu PRO NRW auf die Anti-Moschee-Propaganda fixiert. Ob dies den weiteren Niedergang der REP abwendet, scheint zweifelhaft.

### PRO NRW

Mit PRO NRW tritt eine neue Partei der extremen Rechten in Konkurrenz zu NPD, REP und DVU zu den Kommunalwahlen in NRW an. Den politischen Ursprung hat die neue Partei in der rechtsextremen „Bürgerbewegung PRO Köln“. Ein Wahlergebnis von 4,7% sorgte bei den letzten Kommunalwahlen 2004 für vier Ratssitze für PRO KÖLN. Ende 2005 stieß zudem ein Überläufer der Republikaner zur Fraktion, die sich auch einen hauptberuflichen Mitarbeiter leisten kann. Bislang verfügt die selbst ernannte Bürgerbewegung laut Eigenangaben über fünf Bezirksverbände (Rheinland, Ruhrgebiet, und Ostwestfalen; Münsterland und Südwestfalen in Planung) sowie 24 aktive Kreisverbände. Angeblich hat die Truppe „insgesamt weit über 800 Direkt- und Listenkandidaten für die anstehenden Kreistags-, Stadtrats- und Bezirksvertretungswahlen gewählt“ und verfügt über 1.300 Mitglieder. Die realen Wahlkampfaktivitäten

beschränken sich bislang jedoch eindeutig auf Köln und die umliegenden Städte: „Wir werden verbindlich in Köln, Bonn, Leverkusen, Essen, Gelsenkirchen, Lemgo, Leichlingen, Bergheim, Radevormwald, Troisdorf, Dormagen, im Rheinisch-Bergischen-Kreis, im Oberbergischen-Kreis, im Rhein-Sieg-Kreis, im Rhein-Erft-Kreis sowie Rhein-Kreis Neuss antreten“, so die aktuellen Ankündigungen des PRO-Vorsitzenden Markus Beisicht. Durch die terminliche Verlegung des Wahltermins auf den 30. August sind laut des PRO NRW-Generalsekretärs Markus Wiener „noch weitere Kandidaturen möglich, etwa in Aachen oder in den Kreisen Lippe, Wesel und Viersen.“ Aber trotz vollmundiger Versprechungen ist eine nennenswerte „politische Offensive“ im Ruhrgebiet oder anderen Regionen bislang lediglich Propaganda geblieben.

PRO NRW bezeichnet sich selbst offensiv als „rechtspopulistisch“, um sich damit vom Stigma des Rechtsextremismus befreien zu können.

Im Gegensatz zur NPD versucht die PRO-Bewegung nicht nur, die klassische Stammwählerschaft der extremen Rechten zu erreichen, sondern agitiert in die gesellschaftliche Mitte hinein und versucht dabei auch gezielt, im nationalkonservativen Spektrum der CDU zu fischen. Inhaltlich konzentriert sich die Gruppierung auf zwei Themen: „Klüngel und Korruption“ sowie „Islamismus und Moscheebau“. Mit der Wiederholung des so genannten Anti-Islamisierungskongresses am 8. und 9. Mai 2009 in Köln soll vor den Kommunalwahlen nochmals ein Zeichen gegen „Moscheen, Minarette, Muezzinruf und gegen Überfremdung“ gesetzt werden. Am 8. Mai will man im Rahmen dieses als „Kongress“ angekündigten Wahlkampf-Spektakels in Bergheim, Leichlingen und Dormagen auftreten; dort also, wo man sich auch bei den Wahlen Erfolge erhofft.

Dieser Beitrag ist eine modifizierte Zusammenfassung des Themenschwerpunktes der aktuellen Ausgabe Nr. 35 der „LOTTA“ (weitere Infos <http://projekte.free.de/lotta/>).

### Autor

August Lindler ist Redaktionsmitglied der „LOTTA – antifaschistische Zeitung aus NRW“.

### Kommunale Strategien gegen die extreme Rechte<sup>1</sup>

Alexander Häusler

Spätestens seitdem die NPD auf ihrem Bundes-

<sup>1</sup> Dieser Beitrag fußt in wesentlichen Teilen auf zwei Aufsätzen, die ich zusammen mit meiner Kollegin Adelheid Schmitz (Schmitz/Häusler 2008) sowie mit Hans-Peter Killguss (Häusler/Killguss 2008) geschrieben habe. (s. Literaturangaben im Anhang).

parteitag 1998 ein Strategiepapier verabschiedete, das als „Drei-Säulen-Konzept“ bekannt wurde, drang auch in das Bewusstsein breiterer Kreise der interessierten Öffentlichkeit, dass die extreme Rechte ihre Wahlpropaganda mit Versuchen zur strategischen Einflussnahme auf das kommunale Alltagsgeschehen zu verknüpfen versucht: „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Köpfe“ und „Kampf um die Wähler“ lautete die Devise, später erweitert durch den „Kampf um den organisierten Willen“. Diese Erweiterung ist dem Tatbestand geschuldet, dass die NPD als bislang immer noch stärkste Partei des Lagers organisatorisch eng verflochten ist mit der in informellen „Kameradschaften“ organisierten militanten Neonazi-Szene und einen „Deutschland-Pakt“ mit der DVU eingegangen ist, der politische Kooperation bei Wahlen beinhaltet. Seither ist partei- wie organisationsübergreifend ein verstärkter Trend zur kommunalen Einflussnahme auf verschiedenen Ebenen festzustellen. Gezielt greifen die Aktivistinnen und Aktivisten lokale Themen, berechnete Fragen aber auch Ängste vor „Überfremdung“ und Sorgen vieler Bürger und Bürgerinnen zur Entwicklung in ihren Städten oder Stadtteilen auf, um diese für die eigenen Wahlkampfambitionen zu funktionalisieren. Auf Resonanz treffen sie vor allem dort, wo die offizielle Politik lokale Probleme oder Fragen der Bürgerinnen und Bürger nicht oder nicht angemessen aufgreift und bearbeitet. Dies gilt besonders bei mehrheitsfähigen „Angstthemen“ wie Islamismus, die zunehmend ins Fadenkreuz rechter Propaganda geraten. In NRW tritt unter diesem Banner mit PRO NRW eine Partei der extremen Rechten an. Die Zunahme von Vorbehalten und Feindseligkeiten gegenüber benachteiligten Minderheiten in der Mitte der Gesellschaft sollte deshalb auch als eine Art Seismograph gesehen werden, der auf die dahinter liegenden Ursachen verweist: Tatsächlich existierende Verteilungskonflikte, Ängste vor sozialem Abstieg, Gefühle der Machtlosigkeit und damit einhergehende Politikverdrossenheit bei einem zunehmenden Teil der Bevölkerung sowie Vertrauensverluste gegenüber den politisch Verantwortlichen und deren Lösungskonzepten für aktuelle Probleme. Die extreme Rechte besetzt hierbei eine politische Leerstelle. Sie verknüpft reale soziale Probleme mit rassistischen, nationalistischen oder gar völkischen Handlungsoptionen. Wenn dann auch noch in Wahlkampfzeiten die politisch Verantwortlichen selbst zum Stichwortgeber für die extreme Rechte werden – wie etwa im hessischen Landtagswahlkampf 2008, als integrationspolitische Fragen auf das Thema „Kriminalität und Gewalt bei Jugendlichen mit Migrationsgeschichte“ reduziert und so populistisch zugespitzt wurden – wird das Klima für rassistische Handlungsoptionen geschaffen. Die extreme Rechte zieht ihre Stärke aus der Schwäche der Demokratie: Je weniger aktive demokratische Gestaltungsmöglichkeiten – auch

und besonders im kommunalen und alltäglichen Lebensumfeld – wahrnehmbar sind und je mehr sozialer Druck und ökonomische Fremdbestimmung den Lebensalltag prägen, desto einfacher sind autoritäre Politikangebote zu vermitteln. Deshalb sind handlungsübergreifende Strategien notwendig, die kommunales Engagement gegen die extreme Rechte verknüpfen mit dem Ausbau einer offenen, vielfältigen und demokratischen Stadt- bzw. Gemeindegkultur. Denn bei der Entwicklung von Gegenstrategien ist entscheidend, ob der eigene Entwurf eines demokratischen, vielfältigen und offenen Gemeinwesens als glaubwürdige und fassbare Alternative zu den rassistischen und rechtsextremistischen Angeboten erlebt wird.

Zur Entwicklung offensiver Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus sollten zusammenfassend die folgenden Ansätze entwickelt oder ausgebaut werden.

#### **Präventive Aufklärung**

Präventive Aufklärung ist notwendig zur:

- Unterbindung lokaler „Verwurzelung“ der extremen Rechten;
- Unterbindung rassistischer Kanalisierung lokaler Problemlagen;
- Entzauberung der angeblich lokalen „Bürgerbewegung“, bevor diese sich ausbreiten kann.

#### **Fachöffentlichkeit informieren**

Vor Ort sollte frühzeitig die Fachöffentlichkeit der Kommune informiert werden. Es ist ratsam, dass die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger, die demokratisch orientierten Fraktionen, die Sachgebietsleiterinnen und -leiter der kommunalen Verwaltung sowie Vertreterinnen und Vertreter der Fachöffentlichkeit zunächst interne Informationsveranstaltungen durchführen, bevor sie auf breiterer Ebene runde Tische, Bürgergespräche oder öffentliche Informationsveranstaltungen initiieren. Voraussetzung für ein präventives Engagement sind gute Kenntnisse über die aktuellen Entwicklungen vor Ort.

Dies erfordert, Informationen zusammenzutragen und aufzubereiten über:

- die Aktivistinnen und Aktivisten der extremen Rechten, ihre Ziele und Methoden vor Ort;
- die politische Verortung der Aktiven im Netzwerk der extremen Rechten;
- den instrumentellen Charakter der Unterschriftensammlungen;
- die politischen (Wahlkampf-)Ambitionen dieser Gruppierung;
- ihre inhaltlichen Argumentationen;
- ihre Propagandamittel (Flyer, Internet, Infostände, Unterschriftensammlungen etc.).

### **Öffentlichkeitsarbeit verstärken**

Dort, wo mit einer offensiven Strategie die politisch Verantwortlichen, die Öffentlichkeit sowie andere zivilgesellschaftliche Gruppen frühzeitig informiert werden, kann die lokale Etablierung extrem rechter Gruppierungen erschwert oder gar unterbunden werden.

Dies beinhaltet:

- die Bereitstellung von Aufklärungsmaterial gegen die extreme Rechte vor Ort;
- die Informierung der lokalen Medien;
- sachgerechte, klientelorientierte und aufsuchende Informationspolitik.

### **Demokratische zivilgesellschaftliche Netzwerke stützen**

Eine lebendige Demokratie, die in der Lage ist, Gestaltungsspielräume des Rechtsextremismus nachhaltig einzuengen, wird in erster Linie durch die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geschaffen, die in ihr leben. Politik und Verwaltung kommt hierbei eine Anregungsfunktion zu. Ihre Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Menschen sich zur Förderung eines gleichberechtigten Miteinanders zusammenschließen und in das lokale Gemeinwesen einmischen und beteiligen.

Kommunale Präventionsgremien und lokale Bündnisse fördern die Entwicklung einer politischen Kultur, die der Ideologie der Ungleichheit einen Wertekonsens entgegensetzt, der geprägt ist von Solidarität und Gleichberechtigung und gesellschaftlicher Teilhabe aller Menschen unabhängig von ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft oder ihrer sexuellen Orientierung und eine Einbindung in gesellschaftliche Entwicklungsprozesse ermöglicht.

Bei der Entwicklung wirkungsvoller Maßnahmen gegen rechtspopulistische und rechtsextremistische Aktivitäten kommt zivilgesellschaftlichen Netzwerken, lokalen Gruppen und Initiativen vor Ort eine besondere Bedeutung zu. Auch die Integrations- und Migrationsräte und die MigrantInnen selbstorganisationen (MSO) sind wichtig für die Kommunikation aller in den Stadtteilen lebenden Menschen. Eine Kommune, die offensiv und aktiv die demokratische Gemeindekultur stärken will, braucht ein breites und vielfältiges demokratisch-zivilgesellschaftliches Engagement und muss dieses auch stärken. Umgekehrt brauchen engagierte zivilgesellschaftliche Gruppen mehr Unterstützung durch die Kommune sowie Kooperationen mit öffentlichen und kommunalen Einrichtungen, z. B. mit Bürgerhäusern und Nachbarschaftsheimen, Volkshochschulen, Kirchengemeinden, Schulen oder Jugendclubs. Die politisch Verantwortlichen sowie die Vertreterinnen und Vertreter im Schulausschuss können hier Signale setzen und Unterstützung für eine gezielte Aufklärung und gemeinsame Projekte anbieten.

Offensive Strategien und Kooperationen sind notwendig, um:

- zivilgesellschaftliches demokratisches Engagement zu fördern;
- bereits aktive Gruppierungen und Initiativen zu stärken;
- Netzwerke in den jeweiligen Stadtteilen aufbauen zu können und so ein abgestimmtes und vielfältiges Vorgehen zu ermöglichen.

### **Politische Bündnisse gegen die extreme Rechte fördern**

Kommunen, die eine offensive Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus entwickeln wollen, sollten dazu einen Ratsbeschluss herbeiführen, der von allen demokratischen Parteien mitgetragen wird und der auch eine Signalwirkung für das politische Klima in der Kommune hat. Für die Initiierung und spätere Begleitung eines möglichst vielfältigen politischen Aktionsbündnisses ist es außerdem wichtig und sinnvoll, bereits im Vorfeld eines solchen Prozesses nach Moderierenden oder Ansprechpartnerinnen und -partnern zu suchen, die Kontakte zwischen Politik, Verwaltung und den verschiedensten zivilgesellschaftlichen Gruppierungen eines lokalen Netzwerkes knüpfen können. Gefragt sind hier Personen des öffentlichen Lebens, die zwischen ganz unterschiedlich ausgerichteten Parteien und Gruppierungen vermitteln können. Die Unterstützung eines Bündnisses durch Pfarrerinnen und Pfarrer sowie hauptamtliche oder ehrenamtliche Kräfte in lokalen Kirchengemeinden hat dabei nicht nur eine wichtige Signalwirkung in die Mitte der Gesellschaft hinein, sondern ermöglicht darüber hinaus auch die Mitwirkung von kirchlichen Kreisen für die Arbeit gegen die extreme Rechte. Ein gemeinsames Auftreten nach außen lässt sich aber nur dann erreichen, wenn auch nach innen eine Diskussions- und Streitkultur praktiziert wird, die es erleichtert, gemeinsame Ziele und Handlungsstrategien zu finden und zu formulieren.

Dies beinhaltet:

- die Berücksichtigung gesellschaftlicher Vielfalt;
- die Orientierung auf Stärkung demokratischer Willensbildung;
- die Entwicklung langfristig wirksamer Handlungsansätze.

### **Zentrale Bedeutung der kommunalen Integrationspolitik**

Die kommunale Integrationspolitik ist von zentraler Bedeutung für das friedliche Zusammenleben in einer multiethnischen Kommune. Deshalb müssen sich die Kommunen offensiv den integrationspolitischen Themen und Fragen stellen. Integration muss deshalb als Querschnittsaufgabe verstanden und praktiziert werden (vgl. Häusler 2007). Integrationspolitische Themen, Probleme und Konfliktfelder müssen dabei offen, sachlich

und jenseits von populistischen Zuspitzungen und multikultureller Verklärung angesprochen und bearbeitet werden. Hierzu gehören auch Fragen zum Zusammenleben mit Muslimen, zum Islam und zu Moscheebauvorhaben. Bei der Auseinandersetzung mit diesen integrationspolitischen Fragen ist das politische Klima in einer Kommune von entscheidender Bedeutung (vgl. Häusler 2008). Interkulturelles Lernen muss Kultur als ein vielfältiges, wandlungs- und anpassungsfähiges Orientierungsgerüst begreifen, mit dem Gemeinsamkeiten und Differenzen flexibel begründet werden. Eine Förderung des friedlichen Klimas im kommunalen Alltag und Schutz vor rechtspopulistischer Einflussnahme beinhaltet:

- Förderung öffentlicher Auseinandersetzung um Integrationsfragen;
- Integrationspolitik offensiv als Querschnittsaufgabe betreiben;
- Entfaltung von Dialog und Öffentlichkeitsarbeit bei Moscheebauprojekten;
- Förderung des gleichberechtigten und respektvollen multiethnischen Miteinanders;
- Geschichte und Entwicklung lokaler Zuwanderung positiv erfahrbar machen.

#### **Instrumentalisierungen von der extremen Rechten nicht zulassen**

Von Diskussionsveranstaltungen zusammen mit der extremen Rechten zur Entlarvung und Demaskierung ist abzuraten. Diese werden instrumentalisiert und quasi als „Persilschein“ dazu genutzt, sich als demokratische Organisation „auf gleicher Augenhöhe“ und als gleichberechtigter Diskussionspartner in der politischen Auseinandersetzung zu inszenieren.

Sind Vertreter und Vertreterinnen oder Mitglieder dieser Vereinigungen ohne Einladung bei Veranstaltungen demokratischer Organisationen anwesend, sollte die politische Auseinandersetzung nicht gescheut, aber auch sehr deutliche Grenzen gezogen werden. Wichtig sind eine gute inhaltliche Vorbereitung sowie klare Absprachen über mögliche Reaktionsweisen sowie eine frühzeitige Verständigung über Rechte und Pflichten der beteiligten Veranstalterinnen und Veranstalter.

Dies beinhaltet:

- offensive politische Auseinandersetzung über die extreme Rechte statt Diskussion mit ihr;
- offensive Auseinandersetzung mit lokalen Konfliktthemen unter demokratischen Prämissen;
- konstruktive Kritik an integrationspolitischen Fehlentwicklungen unter aktiver Einbeziehung von Interessensgruppen von Zugewanderten.

#### **Gesellschaftskritisches Bewusstsein fördern**

Auch wenn in zunehmendem Maße in Politik und Medien die Erkenntnis Einzug gehalten hat, dass Rechtsextremismus kein Phänomen allein der „politischen Ränder“ ist, hat das viel bemühte

Schlagwort vom „Problem der Mitte“ bislang jedoch noch wenig praktische Berücksichtigung gefunden. Dies sollte als Herausforderung für eine auf Ursachenforschung und auf eine gesellschaftskritisch orientierte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus verstanden werden. Hierbei sollte der Blick auch auf die möglichen Anknüpfungspunkte für propagandistische Modernisierungsbestrebungen der extremen Rechten gerichtet werden. Konflikte um Moscheebauten etwa dienen bei diesen Bestrebungen als Projektionsfläche und Einfallstor für rassistische Argumentationen. Die zunehmende propagandistische Konzentration von der extremen Rechten auf einen kulturalisierten Rassismus, der das Religiöse als öffentlichkeitswirksamen Steigbügel zu nutzen bestrebt ist, nötigt zu einer Veränderung des Blickwinkels auf die Demokratie gefährdende Wirkungsmächtigkeit dieser Kampagnen. Eine erfolgreiche Gesamtstrategie der nachhaltigen Unterbindung von Rassismus und Rechtsextremismus kommt dabei nicht umhin, neben der Isolierung extrem rechter Kräfte und Einstellungsmuster weitere Fragestellungen mit einzubeziehen und die gesellschaftlichen Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft unter der Prämisse gleichberechtigten Miteinanders zu berücksichtigen.

#### **Weiterführende Literatur:**

Häusler, Alexander (2007): Kommunales Integrationskonzept Oberhausen, in: Beiträge zur Stadtentwicklung Nr. 86/2007, Stadt Oberhausen (Hg.): Oberhausen

[http://www.oberhausen.de/downloads/KIKO\\_mitEi\\_nleger\\_download.pdf](http://www.oberhausen.de/downloads/KIKO_mitEi_nleger_download.pdf) (März 2009)

Häusler, Alexander (Hg.) (2008): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden

Häusler, Alexander/Killguss Hans-Peter (Hg.) (2008): Feindbild Islam. Rechtspopulistische Kulturalisierung des Politischen. Dokumentation zur Fachtagung vom 13. September 2008 (Beiträge und Materialien 1 der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln), Köln

Hafener, Benno/Schöfeld, Sven (2007): Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie, hg. von Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) (2007): „Kampf um die Rathäuser“. Berliner Kommunalpolitik zwischen Rechtsextremem Normalisierungsstrategie und demokratischem Handeln, Berlin

<http://www.mbr-berlin.de/Materialien> (März 2009)

Schmitz, Adelheid/Häusler, Alexander (2008): Aktiv für eine vielfältige, soziale und demokratische Stadt – Kommunale Strategien gegen die extreme

Rechte, in: Häusler, Alexander (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden, 241-257

#### Autor

Alexander Häusler ist Mitarbeiter der Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf.

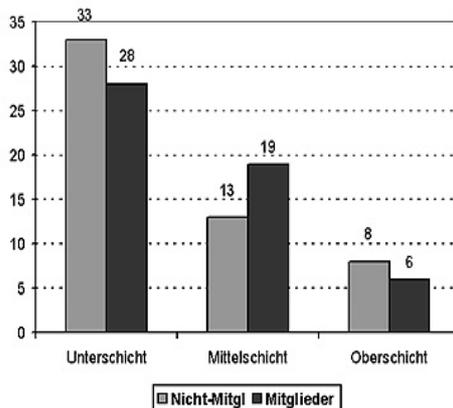
## Gewerkschaftsjugend gegen Rechtsextremismus

Kai Venohr

Immer wieder stellen sich der DGB, seine Mitgliedsgewerkschaften und die gewerkschaftlichen Jugendorganisationen an die Spitze der Gegenbewegungen bei rechtsextremen Aufmärschen, Infoständen und Versammlungen. Aufgrund ihrer historischen Verantwortung und als Stütze für Demokratie und Mitbestimmung sehen sie sich als Teile des Protestes gegen die rechtsextremen Tendenzen in Deutschland. Bündnisse zu schließen und den Widerstand gegen Rechtsextremismus auf eine breite Basis zu stellen ist Aufgabe der Gewerkschaften.

Wenngleich sich Gewerkschaften und viele ihrer Aktiven deutlich gegen Rechtsextremismus engagieren, sind sie keineswegs immun gegen den Ruf nach dem „starken Führer und nach der Verfolgung von Sündenböcken“ – wie sich in einer aktuellen Studie zeigt. Laut der Studie „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ (Fichter/Stöss/Zeuner 2005), sind gerade die Kerngruppen der Gewerkschaften anfällig für rechtsextreme Deutungen. Wachsende Existenzangst der so genannten Arbeitnehmer-Mittelschicht und das Gefühl, sozial und politisch zu den Verliererinnen und Verlierern zu gehören, wirken als Einfallstore für rechtsextreme Ideologien (vgl. ebd., 5).

Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern nach objektiver Schichtzuordnung 2003 (%):



Wie die Tabelle (ebd., 4) zeigt, ist das Potenzial der rechtsextremen Einstellung innerhalb der Mittelschicht überproportional groß gegenüber Nichtmitgliedern.

Wenngleich die Diskussion dieser Ergebnisse an anderer Stelle geführt werden muss, sollten sie hier als Ausgangspunkt für weitere Überlegungen in Hinblick auf die Handlungsmöglichkeiten innerhalb gewerkschaftlicher Arbeit dienen.

Einige Handlungsmöglichkeiten für Gewerkschaften, die sich aus dieser Studie ergeben haben, seien daher an dieser Stelle kurz referiert:

- Gewerkschaften als Wertegemeinschaft stärken, nicht Dienstleistungscharakter hervorheben;
- Aktivierung der Mitglieder;
- Thema Rechtsextremismus in den Mainstream bringen, als Querschnittsaufgabe etablieren;
- Befähigung der Mitglieder zu differenzierter Analyse und selbstständiger Urteilsbildung sowie
- Internationalisierung der Gewerkschaftsarbeit.

Diese Ziele zu verwirklichen stellt in Hinblick auf die gewerkschaftliche Arbeit insofern ein Dilemma dar, als dass es auf der einen Seite den organisierten Rechtsextremismus gibt, der immer wieder in die Mitte der Gesellschaft drängt, und auf der anderen Seite die originäre Arbeit (Demokratie, Mitbestimmung, Arbeit- und Sozialpolitik) innerhalb der Gewerkschaften, die darin liegt, die Ziele der Gewerkschaftspolitik in diesem gesellschaftlichen Klima zu bewältigen. Ich werde im Weiteren auf Beispiele aus der gewerkschaftlichen Jugendarbeit eingehen, die sich dieser Herausforderung mit einer Vielzahl von kreativen Handlungsansätzen stellt.

Ein bedeutendes Beispiel für die langjährige Arbeit gegen Rechtsextremismus ist der Verein „Mach' meinen Kumpel nicht an! – Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus.“ Die gelbe Hand ist das Logo des Vereins und vielen Menschen bekannt. Sie symbolisiert das langjährige Engagement von Gewerkschaften und anderen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Aufklärung über und Prävention von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, insbesondere im Bereich von Berufsschulen, Betrieben und in der Jugendbildungsarbeit. „Gute Beispiele aus der Praxis für die Praxis“ heißt die bundesweit einmalige Online-Datenbank von Projekten aus Konzernen, mittelständischen Betrieben, Gewerkschaften und deren Jugendorganisationen sowie Berufsschulen, die auf der Website des Vereins zu finden ist. In der Online-Datenbank finden sich detaillierte Praxisberichte aus dem gesamten Bundesgebiet mit-

samt Kontaktdaten. Beispielsweise von Projekttagen der DGB-Jugend unter dem Motto „Demokratie und Mitbestimmung“ und „Solidarity Reloaded“ für Auszubildende und Berufsschülerinnen und -schüler (vgl. [www.gelbehand.de](http://www.gelbehand.de)).

Die Kampagne „90 Minuten gegen rechts, Workshops & Module für den Schulunterricht“ der DGB-Jugend Östliches Ruhrgebiet (Dortmund) wurde im März 2009 gestartet und beinhaltet die Aufklärung und Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in der Jugendkultur. Es werden fünf verschiedene Module für Dortmunder Schulen angeboten, die von Ehrenamtlichen der Gewerkschaftsjugend erarbeitet wurden. Diverse Schulungen und ein Angebot, sich immer wieder zu hinterfragen und sich neu zu informieren, unterstützen die Arbeit der Aktiven vor Ort.

Die einzelnen Themenbereiche der Module:

- rechtsextreme Symbole, Lifestyle und Codes;
- rechtsextreme Musik und ihre Wirkungsweisen;
- rechtsextreme Parteien in Dortmund (Superwahljahr 2009);
- rechtsextreme Szene in Dortmund sowie
- Argumentationstraining gegen rechtsextreme Parolen und rassistische Sprüche.

Diese Kampagne hat einen lokalen Charakter (östliches Ruhrgebiet). Durch die Workshops können Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler für das Thema sensibilisiert werden. Als Startschuss für die einzelnen Schulen können diese Workshops genutzt werden, sollten aber immer wieder von den Lehrenden aufgenommen und vertieft werden (vgl. [www.90-minuten-gegen-rechts.de](http://www.90-minuten-gegen-rechts.de)).

Des Weiteren organisiert die DGB-Jugend NRW Proteste gegen Demonstrationen von Rechtsextremen. Dass diese Arbeit nicht immer ungefährlich ist, hat die Auseinandersetzung nach der Demonstration in Dresden am 14. Februar 2009 gezeigt, als Aktive aus den Gewerkschaften bei der Rückfahrt von den Gegenaktionen auf einem Rastplatz tätlich angegriffen wurden. Ein weiteres Beispiel ist die persönliche Hetzjagd auf den Gewerkschaftssekretär Rainer Sauer aus Bocholt, der Hetzschriften, Videos und tätliche Angriffe auf sich und seine Familie erdulden muss. Auch die Problematik innerhalb einer Outing-Aktion der rechtsextremen Szene führt derzeit in Dortmund dazu, dass jede Woche die Daten eines anderen Aktivistin von den Neonazis veröffentlicht werden. Der einleitende Spruch auf deren Homepage: „Egal ob AntiFa Union, Hippiahaus, Linkspartei, Kirche oder DGB. Wir haben sie alle!“ zeigt, dass die antifaschistische Arbeit in einigen Gegenden auch für die Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftler mit enormem persönlichem Druck verbunden ist.

Die gemeinsame Kampagne „schlauer statt rechts“ von DGB-Jugend NRW, SJD – Die Falken, Naturfreundejugend NRW und Landesjugendwerk der AWO NRW war eine weitere wertvolle Aktion. Sie startete am 27. Januar 2008 und fand am 9. November 2008 ihr Ende. Mit dieser Kampagne verfolgten die ArbeiterInnenjugendverbände in NRW das Ziel, dass Schülerinnen und Schüler wie auch Auszubildende sich im Rahmen der Kampagne intensiv mit rechtsextremem Gewalt in ihrem Alltag, mit Rechtsextremismus in Schule, Betrieb und Freizeit auseinandersetzen und selbst aktiv werden. Junge Menschen haben sich in über 200 unterschiedlichen Aktionen über die Geschichte des Nationalsozialismus informiert, sich Kenntnisse über Rechtsextremismus angeeignet und sich zum aktiven Engagement, zum gemeinsamen Aufstehen befähigt und aufgerufen. Dabei stand der informierende, aufklärende Charakter im Mittelpunkt.

Neben eigenen Aktionen, z. B. Seminare, Gedenkstättenfahrten oder Kulturevents gegen Rechtsextremismus wurde den jungen Menschen ein Beratungsservice angeboten, damit sie selber aktiv werden konnten und passende Aktionsformen für ihr eigenes Umfeld und ihren eigenen Sozialraum gegen Rechtsextremismus finden konnten (vgl. [www.schlauer-statt-rechts.de](http://www.schlauer-statt-rechts.de)).

Ein abschließendes Beispiel ist der „AK rex“ – Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus – der DGB-Jugend NRW, in dem sich junge Menschen aus unterschiedlichen Abteilungen des DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften zusammenschlossen haben. Der Arbeitskreis, der 2004 gegründet wurde, versucht durch inhaltliche Debatten und die Gestaltung des Bildungsprogramms immer wieder Defizite aufzugreifen und „best practice“ antirassistischer und antifaschistischer Arbeit zu etablieren. Zu letzterem gehören die Weiterbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie die Ausrichtung von Tagungen und Bildungsveranstaltungen in Schulen, Betrieben und Jugendgruppen.

Durch die deutliche Positionierung des DGB zum Thema Rechtsextremismus haben die gewerkschaftlichen Jugendverbände kein besonderes Problem mit einer bewussten Unterwanderung der Neonaziszene. Jedoch zeigt sich zum einen, dass einige Mitgliedsgewerkschaften sich mit Mitgliedern auseinandersetzen müssen, die sowohl Mitglied in der Gewerkschaft als auch in einer rechtsextremen Partei sind. Durch interne Vereinbarungen können diese – soweit sie bekannt sind – ihre Mitgliedschaft innerhalb der ArbeitnehmerInnenorganisationen verlieren. Aber es gibt innerhalb der Gewerkschaften auch immer wieder Schwierigkeiten mit rassistischen Ressentiments oder antisemitischen Sprüchen. Zum andern zeigt insbesondere die Studie von Zeuner u. a., dass ge-

rade in Krisensituationen, in denen gesellschaftliche Widersprüche und der Druck auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zunehmen, dieses Thema in den Betrieben, in der Ausbildung und auf der Straße wieder allgegenwärtig wird. Die Gewerkschaften sind leider kein Ort der Glückseligkeit, sondern sie müssen sich selbst immer wieder hinterfragen und aufpassen, in welchen Fahrwassern sie mitschwimmen. Dennoch sind sie weiterhin Eckpfeiler und der verlässliche Bündnispartner im Kampf gegen den Rechtsextremismus.

### Literatur

Fichter, Michael/Stöss, Richard/Zeuner, Bodo: Ausgewählte Ergebnisse des Forschungsprojekts „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“. Ergebnispapier zum Workshop „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ im Gewerkschaftshaus des DGB Landesbezirks Berlin-Brandenburg, Berlin, 1. Juni 2005, Download unter [www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/oekonomie/gewerkschaftspolitik/materialien/GEWREXSCHLUSS/index.html](http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/oekonomie/gewerkschaftspolitik/materialien/GEWREXSCHLUSS/index.html)

überarbeitete Fassung: Zeuner, Bodo/Gester, Jochen/Fichter, Michael/Kreis, Joachim/Stöss, Richard (2007): Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Anregungen für die Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften, Münster

### Autor

Kai Venohr ist langjähriges Gewerkschaftsmitglied und Vorstandsmitglied des IDA e. V.

## Nachrichten

### Rechtsextremer Überfall nach Demonstration „Geh Denken“ in Dresden

Mitglieder der JungsozialistInnen in der SPD (JUSOS), Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Mitglieder der Partei die Linke und Schülerinnen und Schüler sind am 14. Februar 2009 auf dem Rückweg von der Demonstration „Geh Denken“ in Dresden, wo sie gegen einen Aufmarsch von Rechtsextremen protestiert hatten, auf einer Autobahnraststätte bei Jena von Rechtsextremen überfallen worden. Drei Menschen wurden bei dem Überfall verletzt. In einer gemeinsamen Erklärung zu dem Vorfall bekräftigen die JungsozialistInnen aus NRW (NRW JUSOS) und die DGB-Jugend NRW die Notwendigkeit, Anstrengungen gegen Rassismus und rechtsextreme Gewalt weiterzuführen. Die Gesellschaft müsse sich den rechtsextremen Kräften aktiv entgegenstellen und in einem breiten Bündnis demokratische Werte

verteidigen. Die schulische und außerschulische Aufklärungsarbeit über rechtsextreme Parteien, Freie Kameradschaften und andere rechtsextreme Gruppierungen müsse fortgeführt werden. Zudem sei das Verbot der rechtsextremen NPD ein notwendiger Schritt. Verbote allein reichten jedoch nicht aus und müssten von einer umfassenden politischen Strategie gegen Rechtsextremismus untermauert werden.

Infos: JungsozialistInnen in der SPD (JUSOS), Landesverband Nordrhein Westfalen, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 1 36 22-3 25, [info@nrwjusos.de](mailto:info@nrwjusos.de), [www.nrwjusos.de](http://www.nrwjusos.de)  
oder: DGB-Jugend NRW, Friedrich-Ebert-Str. 34-38, 40210 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 36 83 -1 29

### Serie von Faltblättern zum Thema Rechtsextremismus/Antirassismus

Die DGB-Jugend hat in Zusammenarbeit mit dem Bereich Migration und Antirassismus beim DGB-Bundesvorstand eine Broschüre mit dem Titel „Öffentliche Veranstaltungen ohne Störungen von Rechtsextremen“ veröffentlicht. Diese ist in der neuen Reihe ‚blickpunkt‘ erschienen. Das Heft ist der erste Teil einer geplanten Serie von insgesamt fünf Faltblättern im Themenfeld Rechtsextremismus/Antirassismus. Weitere geplante Themen sind: Der Umgang mit Pro-Initiativen wie z. B. PRO KÖLN bzw. mit rechtspopulistischen BürgerInnenbewegungen, Rechtsextreme in Betrieben und Verwaltungen, Sozialdemagogie sowie Jugendkriminalität und Rechtspopulismus. Die aktuelle Broschüre kann online bestellt werden und steht auf der Homepage der DGB-Jugend zum Download bereit.

Infos: DGB-Jugend, Postfach 11 03 72, 10833 Berlin, Tel: 0 30 / 2 40 60-0, [jugend.bvv@dgb.de](mailto:jugend.bvv@dgb.de)  
[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

### Breites Bündnis gegen rechtspopulistische Gruppierungen

Die Junge Union Bergisch Gladbach und die Jusos Bergisch Gladbach machen sich für ein überparteiliches Bündnis gegen Rechtsextremismus stark und haben daher im November 2008 eine „Jugendpolitische Konferenz über PRO NRW“ organisiert. Anlass für die gemeinsame Veranstaltung ist, dass die rechtsextreme Partei PRO Rhein-Berg bei der Kommunalwahl 2009 antreten will. Auf der Konferenz konnten sich Mitglieder von Jugendorganisationen und Schülervertretungen aus Bergisch Gladbach gemeinsam über Rechtsextremismus informieren. Als Experte war Alexander Häusler von der Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf eingeladen. Wichtig sei es, über die PRO Partei, die sich als Bürgerinitiative tarne, zu informieren, so das Fazit der Konferenz.

Infos: Junge Union (JU) Bergisch Gladbach, Hauptstraße 164 b, 51465 Bergisch Gladbach, <http://ju-bergisch-gladbach.generation-ju.de>

### **Rechtsextreme, rassistische und antisemitische Straf- und Gewalttaten**

Die Bundestagsabgeordnete der Linken, Petra Pau, verweist auf die vorläufigen Jahreszahlen zu rechtsextremen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Straftaten 2008:

*Rechtsextreme Straftaten:*

13.985 (2007: 10.935; 2006: 12.240)

Davon: Gewalttaten:

735 (2007: 642; 2006: 726)

Verletzte Personen:

773 (2007: 599; 2006: 522)

Fremdenfeindlich motiviert:

1.908 (2007: 1.576; 2006: 2.094)

*Fremdenfeindliche Gewalttaten:*

291 (2007: 286; 2006: 352)

Verletzte:

305 (2007: 249; 2006: 237)

*Antisemitische Straftaten:*

1.089 (2007: 951; 2006: 1.024)

Davon: Gewalttaten:

32 (2007: 34; 2006: 21)

Verletzte:

36 (2007: 23; 2006: 11)

Infos: [www.petra-](http://www.petra-pau.de/16_bundestag/dok/down/2008_zf-rechtsextreme-straftaten.pdf)

[pau.de/16\\_bundestag/dok/down/2008\\_zf-rechtsextreme-straftaten.pdf](http://www.petra-pau.de/16_bundestag/dok/down/2008_zf-rechtsextreme-straftaten.pdf)

### **Junge Flüchtlinge an Ferienfreizeiten beteiligen!**

Die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen ruft Gruppen, Verbände, Initiativen, Gemeinden und sonstige Anbieter von Ferienfreizeiten auf, junge Flüchtlinge an ihren geplanten Ferienfreizeiten in den Sommerferien zu beteiligen. Die Aktionsgemeinschaft bittet alle Ausländerbehörden in NRW, sich offensiv und im Sinne einer Integration für die Teilnahme junger Flüchtlinge an diesen Auslandsfahrten einzusetzen und alles erdenklich Mögliche zu tun, damit die Anträge positiv „im besten Interesse junger Flüchtlinge“ bearbeitet werden. Es sollte nach Auffassung der Aktionsgemeinschaft eine möglichst unbürokratische und wohlwollende Bearbeitung der Anträge durch die Ausländerbehörden erfolgen. Darüber hinaus bietet die Aktionsgemeinschaft zwölf Ratschläge und Tipps zur Teilnahme junger Flüchtlinge an Ferienfreizeiten im In- und Ausland an. Diese Ratschläge können angefordert oder unter [www.thema-jugend.de/downloads](http://www.thema-jugend.de/downloads) herunter geladen werden.

Infos: Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Jugendschutz, Georg Bienemann, Tel: 02 51 / 5 40 27, [kath.lag.jugendschutz.nw@t-online.de](mailto:kath.lag.jugendschutz.nw@t-online.de)

### **Videowettbewerb des Schulministeriums NRW zur Bedeutung von Grundrechten**

Der Wettbewerb richtet sich an Menschen im Alter von 14 bis 24 Jahren. Die Teilnehmenden sollen in ihren Beiträgen der Frage nachgehen, was die

Grundrechte für ihr Leben bedeuten. Einsendeschluss ist der 30. Juni 2009.

Infos: [www.grundrechte-nrw.de](http://www.grundrechte-nrw.de)

### **Fotoausstellung zur Demonstration gegen den ‚Anti-Islamkongress‘**

Eine Fotoausstellung der DGB-Jugend Köln zeigt Bilder, die bei der Gegendemonstration und der Blockade gegen den ‚Anti-Islamkongress‘ der rechtsextremen Partei PRO KÖLN im September 2008 entstanden sind. Ca. 40.000 Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten hatten gegen die Veranstaltung von PRO KÖLN protestiert. Der ‚Anti-Islamkongress‘ wurde letztlich von der Polizei verboten. PRO KÖLN führt seit November 2008 Mahnwachen vor der Kölner DITIB Moschee durch und plant für den 09. Mai 2009 einen weiteren ‚Anti-Islamkongress‘. Die Ausstellung soll daher fortlaufend aktualisiert werden. Derzeit umfasst sie 20 Bilder mit den Maßen 40 x 50 cm pro Bilderrahmen. Die Fotoausstellung inklusive Zubehör kann bei der DGB-Jugend Köln kostenlos ausgeliehen werden.

Infos: DGB-Jugend Köln, Stephan Otten, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, Tel: 02 21 / 50 00 32 11, [Stepahn.Otten@dgb.de](mailto:Stepahn.Otten@dgb.de)  
[www.dgb-region-koeln.de](http://www.dgb-region-koeln.de)

### **Mehr Chancengleichheit für junge Migrantinnen und Migranten gefordert**

Die JungsozialistInnen in der SPD (JUSOS) fordern die Chancengleichheit für junge Migrantinnen und Migranten zu verbessern. Zur Tagung des Lenkungsausschusses Ausbildungspakt erklärte die Juso-Bundesvorsitzende Franziska Drohsel, junge Menschen mit Migrationshintergrund haben in unserem Bildungssystem bereits schlechtere Chancen, einen berufsqualifizierenden Schulabschluss zu erhalten. Zudem fänden sie seltener einen Ausbildungsplatz und nähmen deshalb überproportional häufig an so genannten Übergangsmaßnahmen teil. Nicht nur die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und ein längeres gemeinsames Lernen seien Voraussetzung für mehr Chancengleichheit in der schulischen Bildung, sondern auch ausreichend ausgebildetes Personal, um individuelle Förderung von Migrantinnen und Migranten zu ermöglichen. Zudem müsse jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalten.

Infos: JungsozialistInnen in der SPD (JUSOS) Willy-Brandt-Haus, 10911 Berlin, Tel: 0 30 / 2 59 91-3 66, [jusos@spd.de](mailto:jusos@spd.de), [www.jusos.de](http://www.jusos.de)

### **Online-Portal „Zwangsarbeit 1939-1945“**

Das digitale Archiv „Zwangsarbeit 1939-1945“ ist ein Kooperationsprojekt der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, der Freien Universität Berlin und dem Deutschen Historischen Museum. Das nationalsozialistische Deutschland schuf eines der größten Zwangsarbeits-Systeme der

Geschichte. Erst 60 Jahre nach Kriegsende rief die Entschädigungs-Debatte die lange Zeit vergessenen Opfer der Zwangsarbeit wieder ins Gedächtnis. Heute können aber nur noch wenige Überlebende von ihren Erfahrungen berichten. Das Projekt „Zwangsarbeit 1939-1945“ zielt daher auf die digitale Sicherung, Bereitstellung und Erschließung einer Sammlung von knapp 600 lebensgeschichtlichen Zeitzeugen-Interviews. Registrieren können sich derzeit Studierende, Forschende und Lehrende. Weiterführende Bildungsmaterialien wie biografische Kurzfilme oder Unterrichtsmaterialien sowie eine DVD sollen im Herbst 2009 vorliegen und der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Infos: Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, Lindenstr. 20-25, 10969 Berlin

### **Erklärung zur Integrationsdebatte**

Der Elternverband Ruhr e. V. hat eine Erklärung zur aktuellen Integrationsdebatte abgegeben. Anlass ist die im Februar 2009 veröffentlichte Studie „Ungenutzte Potentiale. Zur Lage der Integration in Deutschland“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. Die breit in den Medien besprochene Studie sagt aus, dass Menschen mit türkischem Migrationshintergrund in Deutschland besonders schlecht integriert seien. Dabei werden sie mit anderen Zuwanderergruppen, u. a. mit Aussiedlerinnen und Aussiedlern verglichen, die die Studie als die am besten integrierte Gruppe ausmacht. Der Elternverband Ruhr e. V. kritisiert, dass durch den verwendeten „Index zur Messung der Integration“ die ungleiche rechtliche und soziale Situation von Menschen aus der Türkei und Aussiedlerinnen und Aussiedlern nicht berücksichtigt wurde. So gehören die Deutsche Staatsbürgerschaft oder eine Beschäftigung im Öffentlichen Dienst zu den Indikatoren für gelungene Integration. Diese seien jedoch für Zugewanderte aus der Türkei schwerer zu erfüllen. Auf diese Weise würden Integrationshemmnisse mit Integrationsunwilligkeit gleichgesetzt. Die interkulturelle Öffnung der Gesellschaft sei jedoch eine Frage sozialer Gerechtigkeit und Gleichbehandlung.

Infos: Elternverband Ruhr e. V., Unterdorfstr. 19, 45143 Essen, Tel: 01 72 / 2 15 31 63  
[elternverband.ruhr@gmx.de](mailto:elternverband.ruhr@gmx.de)

## **Termine**

### **Antirassistische Mädchenarbeit – Sensibilisierung für die pädagogische Praxis**

Termin: 17.-19. April 2009

Ort: Heimvolkshochschule Frille

Infos: Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille, Mitteldorf 1, 32469 Petershagen,

Tel: 0 57 02 / 97 71, [paproth@hvhs-frille.de](mailto:paproth@hvhs-frille.de)

[http://hvhs-frille.de/site\\_seminare.php?action=show&id=184](http://hvhs-frille.de/site_seminare.php?action=show&id=184)

### **Mit Vielfalt umgehen lernen – Interkulturelle Bildung als Herausforderung für Unterricht und Schulalltag**

Fachkonferenz

Termin: 20./21. April 2009

Ort: Berlin

Infos: Bundeszentrale für politische Bildung, Heidrun Kaudelka, Fachbereich Fortbildung/Didaktik, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Tel: 02 28 / 9 95 15-5 78, [heidrun.kaudelka@bpb.de](mailto:heidrun.kaudelka@bpb.de)

[www.bpb.de/veranstaltungen/H2BAMO,0,Mit\\_Vielfalt\\_umgehen\\_lernen.html](http://www.bpb.de/veranstaltungen/H2BAMO,0,Mit_Vielfalt_umgehen_lernen.html)

### **Transkulturelle Pädagogik – Für Multiplikator\_innen (außer)schulischer Bildung**

Termin: 19.- 21. Juni 2009

Infos: Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille, Mitteldorf 1, 32469 Petershagen,

Tel: 0 57 02 / 97 71, [paproth@hvhs-frille.de](mailto:paproth@hvhs-frille.de)

[http://hvhs-](http://hvhs-frille.de/site_seminare.php?action=show&id=184)

[frille.de/site\\_seminare.php?action=show&id=184](http://hvhs-frille.de/site_seminare.php?action=show&id=184)

## **Literatur und Materialien ...**

### **... zum Thema Rechtsextremismus**

Deutscher Frauenrat – Lobby der Frauen – Bundesvereinigung von Frauenverbänden und Frauengruppen gemischter Verbände in Deutschland e. V. (Hg.): FrauenRat. Informationen für die Frau. Themenheft „Gefährlich im Aufwind. Rechtsextreme Frauen“, Ausgabe 6/2008, Berlin 2008

DGB Bundesvorstand, Vorstandsbereich 04, Bereich Sozialpolitik, Bereich Migrations- und Antirassismuspolitik (Hg.): Trittbrettfahrer der sozialen Frage. Sozialdemagogie von NPD und Neonazis, Berlin 2007

Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (Hg.): Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer, Berlin 2008  
Gabler, Jonas: Ultrakulturen und Rechtsextremismus. Fußballfans in Deutschland und Italien (Hochschulschriften 79), Köln: PapyRossa Verlag, 2009

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Abt. Bildung/Werbung (Hg.): Argumente gegen rechts. Fakten, Formeln und Finessen für Prävention und Subversion in der (neo)rechten Szene (GdP Arbeitshilfe, Nr. 15), Hilden 2008

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Abt.

IV/Werbung (Hg.): Argumente gegen rechts (Argumentationskarten), Berlin/Hilden 2007

Häusler, Alexander/Killguss Hans-Peter (Hg.): Feindbild Islam. Rechtspopulistische Kulturalisierung des Politischen. Dokumentation zur Fachtagung vom 13. September 2008 (Beiträge und Materialien 1 der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln), Köln 2008

Kampagne „schlauer statt rechts“ (Hg.): Musik als Sprachrohr. Musikalische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Pädagogisches Material zum Thema „Rechtsextremismus und Musik“ für Lehrkräfte und Aktive in der Bildungsarbeit (Multimedia-CD), Düsseldorf o. J.

Kampagne „schlauer statt rechts“/Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e. V. (Hg.): Rechtes Netz. Rechtsextremismus im Internet, Düsseldorf o. J.

Kampagne „schlauer statt rechts“/Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e. V. (Hg.): Rechte Musik. Rhythmen – Töne – Hasstiraden, Düsseldorf o. J.

Kampagne „schlauer statt rechts“/Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e. V. (Hg.): Rechtsextremismus. Symbole – Zeichen – Signale, Düsseldorf o. J.

LAG Mädchenarbeit in NRW e. V. (Hg.): Betrifft Mädchen. Thema: „smart + extrem“. Mädchen in rechten Szenen, 22. Jg., H. 1., Januar 2009, Weinheim: Juventa Verlag

Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Rechtsextrem – zwischen Lifestyle und Gewalt. Zehn Filmbeiträge (Doppel-DVD), Düsseldorf 2006

Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Hg.): Rechtsextrem – zwischen Schnuller und Springerstiefel. Vier Filmbeiträge (DVD-Video), Düsseldorf 2008

Thein, Martin: Wettlauf mit dem Zeitgeist – Der Neonazismus im Wandel. Eine Feldstudie, Göttingen: Cuvillier Verlag, 2009

Wolters Kluwer Deutschland GmbH (Hg.): jugendhilfe. Themenheft „Jugendliche und Rechtsextremismus“, 47. Jg., Februar 1/2009, Köln: Wolters Kluwer Deutschland GmbH, 2009

### **... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Antirassismus**

Amadeu Antonio Stiftung/RAA Berlin – Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e. V. (RAA) (Hg.): „Ey, du Opfer ...?“ Von Ungleichwertigkeit zu Gleichwertigkeit, Berlin 2008

Berliner Büro des American Jewish Committee/Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM)/Zentrum für Antisemitismusforschung: Projekt „Fit Machen für Demokratie – Jugendliche setzen sich mit Antisemitismus auseinander“ (Hg.): Gegen Antisemitismus (Unterichtssoftware, CD-ROM, Einzellizenz), Berlin: Cornelsen Verlag, 2008

Bunzl, John/Senfft, Alexandra (Hg.): Zwischen Antisemitismus und Islamophobie: Vorurteile und Projektionen in Europa und Nahost, Hamburg: VSA-Verlag, 2008

European Network Against Racism (ENAR) (Hg.): Racism in Europe. ENAR Shadow Report 2007, Brüssel 2008

Interkultureller Rat in Deutschland e. V., Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen (Hg.): Das Islambild verändern. Positionen zur Überwindung von Islamfeindlichkeit, Darmstadt 2008

International Institute for Education and Research on Antisemitism/Internationales Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung e. V. (Berlin) (IIBSA)/International Study Group Education and Research on Antisemitism (London) (Hg.): Proceedings. Strategies and Effective Practices for Fighting Antisemitism among People with a Muslim or Arab Background in Europe. International Summer School – a Seminar of European Experts, Berlin/London 2007

Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): Überkreuzungen. Fremdheit, Ungleichheit, Differenz (Forum Frauen- und Geschlechterforschung, Bd. 23), Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 2008

Oestreich, Heide: Der Kopftuch-Streit. Das Abendland und ein Quadratmeter Islam, Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel Verlag, 2. aktual. und mit einem Nachtrag versehene Aufl., 2005

Treeck, Leo van (Hg.): Gewichtsprobleme? SELBSTaussagen zum RASSISMUS (Idee und Durchführung von Peter Gutsche), Vechta-Langförden: Geest-Verlag, 2008

Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg (Hg.): Augenblicke des Einhaltens. Momente, Gesten. Sehen, hören. Wahrnehmen, unterscheiden. Argumentationshilfen gegen Antiziganismus und Antisemitismus. Ein Projekt für Schulen, Mannheim o. J.

Wischermann, Ulla/Thomas, Tanja (Hg.): Medien – Diversität – Ungleichheit. Zur medialen Konstruktion sozialer Differenz (Medien – Kultur – Kommunikation), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2008

Zentrum für Antisemitismusforschung (Hg.): Antisemitismus in Europa. Vorurteile in Geschichte und Gegenwart. Handreichungen für Lehrkräfte (Sonderausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb): Themen und Materialien), Bonn 2008

### ... zum Thema Zuwanderung und Migration

Herrmann, Justus/Suvak, Sefa Inci (Hg.): „In Deutschland angekommen ...“. Einwanderer erzählen ihre Geschichte. 1955 - heute, Gütersloh/München: Wissen Media Verlag GmbH, 2008

Hyun, Martin: lautlos – ja, sprachlos – nein. Grenzgänger zwischen Korea und Deutschland, Hamburg-Schenefeld: EB-Verlag, Dr. Brandt, 2008

Keskin, Hakkı: Deutsch-türkische Perspektiven. Plädoyer für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik (Positionen), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau Verlag, 2009

Neckel, Sighard/Soeffner, Hans-Georg (Hg.): Mitdendrin im Abseits. Ethnische Gruppenbeziehungen im lokalen Kontext (Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2008

Planerladen e. V. (Hg.): Ungleichbehandlung von Migranten auf dem Wohnungsmarkt. Ergebnisse eines telefonischen „Paired Ethnic Testing“ bei regionalen Immobilienanzeigen, Dortmund 2009

### ... zu den Themen Interkulturelles Lernen und interkulturelle Gesellschaft

Acet, Mazlum: Die türkische Frau in Deutschland. Die gesellschaftliche Entwicklung der Integration türkischer Migrantinnen im Kontext beider Gesellschaften – Eine Studie mit Folgerungen für die soziale Arbeit, Marburg: Tectum Verlag, 2008

Akca, Ayşe Almila/Barwig, Klaus/Schmid, Hansjörg: Gesellschaft gemeinsam gestalten. Islamische Vereinigungen als Partner in Baden-Württemberg + Projekt CD: Wege der Kontaktaufnahme. Strukturen, Adressen, Ansprechpartner, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG, 2008

Amt für multikulturelle Angelegenheiten Frankfurt am Main (Hg.): „Mit Koffern voller Träume...“. Ältere Migrantinnen und Migranten erzählen, Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel Verlag, 2004

Archiv der Jugendkulturen e. V. (Hg.): Ex-Yugos. Junge MigrantInnen aus Jugoslawien und seinen Nachfolgestaaten in Deutschland, Berlin 2008

Archiv der Jugendkulturen e. V. (Hg.): „Heimat ist da, wo man verstanden wird“. Junge VietnamesInnen in Deutschland, Berlin 2008

Bayerischer Jugendring (Hg.): „Multi Action – aber wie!“ Jugendarbeit für mehr Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Abschlussdokumentation, München 2008

Bertelsmann Stiftung (Hg.): „Aufgeben ist nicht mein Weg“. Bildungswelten in der Einwanderungsgesellschaft, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2008

Blasius, Jörg/Friedrichs, Jürgen/Klößner, Jennifer: Doppelt benachteiligt? Leben in einem deutsch-türkischen Stadtteil, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2008

Bundesverband der Jugendkunstschulen und Kulturpädagogischen Einrichtungen e. V. (bjke) (Hg.): Der Kunst-Code. Jugendkunstschulen im interkulturellen Dialog. Arbeitshilfe für die Kulturpädagogische Praxis, Unna: LKD-Verlag, 2008

Deinet, Ulrich (Hg.): Methodenbuch Sozialraum. Lehrbuch, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2009

Everts, Jonathan: Konsum und Multikulturalität im Stadtteil. Eine sozialgeographische Analyse migrantengeführter Lebensmittelgeschäfte, Bielefeld: transcript Verlag, 2008

Geiger, Ruth-Esther: Ihr seid Deutschland, wir auch. Junge Migranten erzählen (suhrkamp taschenbuch 4009), Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 2008

Hansen, Georg/Spetsmann-Kunkel, Martin: Integration und Segregation. Ein Spannungsverhältnis

---

(Lernen für Europa, Bd. 11), Berlin/München/Münster u. a.: Waxmann Verlag GmbH, 2008

Hugger, Kai-Uwe: Junge Migranten online. Suche nach sozialer Anerkennung und Vergewisserung von Zugehörigkeit (Medienbildung und Gesellschaft, Bd. 9), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2009

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hg.): Interkulturelle Bildung – Ein Weg zur Integration. Dokumentation der Tagung vom 14./15. November 2007 in Bonn (Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hg.): Dokumentation, Bd. 67), Essen: Klartext Verlag, 2008

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS) (Hg.): Migration und Soziale Arbeit. Themenheft „Islam“, 31. Jg., Heft 1, Februar 2009, Frankfurt a. M.: Juventa Verlag, 2009

Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen (Hg.): Engagementförderung bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Grundlagen, Praxiserfahrungen, Empfehlungen. Eine explorative Studie für die Ehrenamt Agentur Essen (mitarbeiten.sript 01), Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit, 2008

LSVD Berlin Brandenburg e. V. (Hg.): Muslime unter dem Regenbogen. Homosexualität, Migration und Islam, Berlin: Querverlag GmbH, 2004

Natus, Annika: Verschleierte Gemeinsamkeiten. Muslime sprechen über Geschlechterrollen, Marburg: Tectum Verlag, 2008

Ortner, Martina Susanne: Ausländische MitbürgerInnen (in München) zwischen Selbstorganisation und Fremdunterstützung. Sozialwissenschaftliche und sozialetische Überlegungen zur zivilgesellschaftlichen Solidarität über nationalstaatliche Grenzen hinweg (Münchner Sozialwissenschaftliche Beiträge), München: Herbert Utz Verlag, 2008

vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (Hg.): Forum Wohneigentum. Zeitschrift für Wohneigentum in der Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft, Verbandsorgan des vhw e. V. Schwerpunkt „Migranten-Milieus in Deutschland“, 9. Jg., Heft 6/Dezember 2008, Berlin 2008

### **... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe**

Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit e. V. (BAG KJS) (Hg.): Dokumentation „Jugendsozialarbeit in ländlichen Räumen ist anders ... Herausforderungen und Chancen im Wandel“, 17.-18. September 2008 Pasewalk, Berlin/Düsseldorf 2008

Düx, Wiebken/Prein, Gerald/Sass, Erich u. a.: Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter (Schriften des Deutschen Jugendinstituts: Jugend), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2009

Krisch, Richard: Sozialräumliche Methodik der Jugendarbeit. Aktivierende Zugänge und praxisleitende Verfahren (Dresdner Studien zur Erziehungswissenschaft und Sozialforschung), München/Weinheim: Juventa Verlag, 2009